

## Positionspapier Aussenpolitik

### Einführung: Grundsätzliches

Die Grünliberale Partei tritt für eine aktive Aussenpolitik der Schweiz ein. Unser Land soll international eine wichtige Rolle spielen, sowohl zur Verteidigung unserer eigenen Interessen wie auch zur Förderung unserer Werte in der Welt. Gute Beziehungen zu unseren Nachbarländern und zur europäischen Union sind zentral für die Entwicklung der Schweiz und sollen entsprechend gepflegt werden. Dies erfordert die Bereitstellung ausreichender personeller und finanzieller Ressourcen.

Die Grünliberalen stehen für eine nachhaltige Umwelt-, Wirtschafts- und Sozialpolitik. Dieser Grundsatz gilt sowohl innen- wie aussenpolitisch. Wichtige Zukunftsfragen verlangen nach international abgestimmten Antworten. Im Zeitalter der globalen Vernetzung ist namentlich die multilaterale Diplomatie ein wirkungsvolles Instrument für eine effektive Aussenpolitik, die der Neutralitätstradition der Schweiz gerecht wird. Mit dem Standort Genf verfügt sie über einen zentralen Standort der multilateralen Diplomatie und ein einmaliges Tor zur Welt, zu dem Sorge getragen werden muss.

### 1. Beziehungen zur EU

Die Beziehungen zur europäischen Union (EU) sind zentral für das Wohl der Schweizerinnen und Schweizer. Die EU ist unser wichtigster Ansprechpartner und unser einziger Nachbar. Die Schweiz, aber auch die EU, profitiert von dieser Nähe wirtschaftlich, politisch, wissenschaftlich, kulturell und ökologisch. Insbesondere besteht eine intensive wirtschaftliche Verflechtung mit unseren Nachbarstaaten.

1. Die Grünliberalen setzen sich für eine stabile, langfristig abgesicherte und belastbare Partnerschaft ein.

Das EU-Recht entwickelt sich fortlaufend weiter. Eine regelmässige Erneuerung und eine institutionelle Anpassung des bilateralen Wegs werden dadurch unumgänglich. Nur so kann eine Erosion des Status quo vermieden werden. Wo dies im gegenseitigen Interesse liegt, ist ein massvoller Ausbau der bilateralen Verträge zu begrüssen.

2. Die Grünliberalen befürworten den bilateralen Weg und seine Weiterentwicklung.

Der freie Austausch von Ideen und Personen zwischen der Schweiz und der EU stellt eine gegenseitige Bereicherung dar. Die Schweiz profitiert von Arbeitskräften aus dem EU-Raum. Sie helfen mit, die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes auf einem Spitzenplatz zu halten. Die Personenfreizügigkeit bringt nebst den vielen Vorteilen allerdings auch Herausforderungen mit sich, denen wir uns stellen, z. Bsp. mit flankierenden Massnahmen.

3. Die Grünliberalen stehen zum freien Personenverkehr mit der EU und anerkennen ihn als Bestandteil des intensiven bilateralen Beziehungen zur EU.

### 2. Umweltaussenpolitik

#### 2.1 Internationale Klimapolitik

Die steigenden Treibhausgasemissionen und der damit zusammenhängende Klimawandel bilden eine der grössten Gefahren für uns und für zukünftige Generationen. Der Klimawandel kennt keine nationalen Grenzen, weshalb das Problem nur global gelöst werden kann.

4. Die Grünliberalen fordern eine effektive Umsetzung von Massnahmen im In- und Ausland zur globalen Reduktion der Treibhausgas-Emissionen zur Erreichung des 2°C-Ziels.

Die Grünliberalen setzen sich ein für eine konsequente Umsetzung der UNO Klimarahmenkonvention (UNFCCC) und befürworten ein aktives Engagement der Schweiz für ein global gültiges, rechtlich bindendes Klimaabkommen für alle Staaten.

Die Schweiz kann und soll sich in einer Vorreiterrolle als Brückenbildner mit innovativen Lösungsvorschlägen positionieren. Die Zusammenarbeit mit den Entwicklungs- und Schwellenländern ist elementar für die Erarbeitung eines globalen Klimaabkommens und die Erreichung des 2°C-Ziels.

Wachstum unter Einhaltung von Reduktionszielen ist kurzfristig mit einem finanziellen Aufwand verbunden. Wir befürworten daher die Zahlung von Unterstützungsbeiträgen der zahlungsfähigeren Länder an die wirtschaftlich schwächeren Länder zur Umsetzung ihrer Massnahmen. Finanziert werden sollen diese durch eine globale CO<sub>2</sub>-Abgabe, welche die Wichtigkeit des Verursacherprinzips unterstreicht.

## **2.2 Erhalt der globalen Ökosysteme und effektiver Umweltschutz**

Die globalen Ökosysteme sind elementar für das Gleichgewicht und das Leben auf der Erde. Die Grünliberalen fordern von der schweizerischen Aussenpolitik eine aktive Rolle für deren globalen Schutz und nachhaltige Nutzung.

Die Grünliberalen befürworten die Entwicklung von weiteren internationalen Abkommen im Bereich der nachhaltigen natürlichen Ressourcen-Nutzung und die aktive Umsetzung bereits existierender Abkommen. Internationale Anreize und innovative Marktsysteme für eine nachhaltige Nutzung des globalen Naturkapitals müssen geschaffen werden.

- |  |
|--|
| 5. Die Grünliberalen fordern ein aktives aussenpolitisches Engagement der Schweiz für den Erhalt unserer Ökosysteme durch die globale Eindämmung der Umweltverschmutzung, durch die nachhaltige Nutzung von natürlichen Ressourcen (Wald, Wasser, Boden, Landschaft, Luft etc.) und durch den globalen Schutz der Artenvielfalt. |
|--|

Wir setzen uns ein für griffige und global bindende Grenzwerte für Schadstoffe und unterstützen das aktive Engagement der Schweiz im internationalen Chemikalienbereich. Wir setzen uns ein für die Ratifikation der Quecksilberkonvention und die effektive Umsetzung der weiteren Konventionen, die das Verursacherprinzip stärken. Durch die Stärkung der internationalen Chemikalienabkommen wird der Standort Genf als Hauptstandort der Chemikalienkonventionen und ihrer Sekretariate gestärkt.

## **3. Internationale Wirtschafts- und Finanzfragen**

### **3.1 Freihandel**

Die Grünliberalen begrüssen eine enge, internationale Zusammenarbeit und eine verantwortungsvolle Handelspolitik der Schweiz. Handel ist nicht nur für die weltoffene, exportorientierte Schweiz zentral, sondern mit auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Rahmenbedingungen auch grundsätzlich wohlfahrts- und friedensfördernd.

- |   |
|---|
| 6. Die Grünliberalen bekennen sich zum Freihandel |
|---|

Es braucht jedoch einen konsequenteren Einbezug von Sozial- und Umweltstandards. Allgemeine Verweise stellen dabei nur das Minimum dar. Zielführender und mittelfristig unabdingbar ist eine Verhandlung der wirtschaftlich zentralen Kernelemente der Abkommen basierend auf Umwelt- und Sozialverträglichkeitsprüfungen. Nur so kann einem Umwelt- und Sozialdumping durch Freihandels- und Investitionsschutzabkommen entgegengewirkt werden. Wesentlich ist zudem ein Wirkungsnachweis, welcher die drei Dimensionen der Nachhaltigkeit umfasst.

- |  |
|--|
| 7. Die Grünliberalen fordern eine stärkere Gewichtung von Menschenrechts- und Umweltstandards beim Abschluss von bi- und multilateralen Handelsabkommen. |
|--|

### **3.2 Internationale Finanzfragen**

In Finanzfragen ist die Schweiz international ein relevanter Akteur. Dies hat positive Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit und den Wohlstand in der Schweiz. Die Position der Schweiz als internationaler Finanzplatz bringt aber auch eine internationale Verantwortung mit sich.

8. Die Grünliberalen bekennen sich zu einem wettbewerbsfähigen und langfristig stabilen Finanzplatz und fordern daher ein entsprechendes Engagement.

Es liegt im Interesse und in der Verantwortung der Schweiz, zu vermeiden, dass der hiesige Finanzplatz und die Schweizerischen Gesetze zur Umgehung von ausländischen Gesetzen, namentlich Steuergesetzen, missbraucht werden. Nur wenn dies gewährleistet werden kann, wird der ausländische Druck auf den Finanzplatz abnehmen.

9. Die Schweiz soll sich im Rahmen relevanter internationaler Organisationen konstruktiv und aktiv an der Ausarbeitung internationaler und allgemeingültiger Standards für Finanzplätze beteiligen. Zudem fordert die Grünliberale Partei, dass die Schweiz ihr Dispositiv zur Bekämpfung der Geldwäscherei und der internationalen Steuerflucht regelmässig überprüft und wo notwendig verschärft.

### 3.3 Internationale Standortpolitik

Dank den liberalen Rahmenbedingungen, einem attraktiven Arbeitsmarkt mit gut ausgebildeten Arbeitskräften, dem guten Zugang zu Absatzmärkten, starken rechtstaatlichen Institutionen und moderater Steuerlast ist die Schweiz ein attraktiver Wirtschaftsstandort.

10. Die Grünliberalen wollen die internationale Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Schweiz erhalten und setzen sich daher dafür ein, dass die Spielregeln der globalen Wirtschaft in multilateralen Foren verhandelt werden

Für die Schweiz ist die Präsenz vieler multinationaler Unternehmen von zentraler Bedeutung. Diese tragen zum Wohlstand in unserem Land bei und verleihen ihm international Gewicht. Diese herausragende Stellung der Schweiz bringt auch Verantwortung mit sich.

11. Die Grünliberale Partei fordert, dass mehr Transparenz geschaffen wird bezüglich den aus der Schweiz kontrollierten Aktivitäten.

Neben staatlichen Akteuren sollen auch Schweizer Unternehmen ihre globale Rolle für nachhaltige Produktions- und Zulieferungsketten und ein glaubwürdiges ökologisch-gesellschaftliches Engagement wahrnehmen.

12. Die Grünliberalen fordern, dass in der Schweiz ansässige Unternehmen ihre Verantwortung zum Schutz der Umwelt und der Menschenrechte wahrnehmen. Entsprechende Anreizsysteme sind aktiv zu fördern.

## 4. Entwicklungs- und Menschenrechtspolitik

### 4.1 Entwicklungszusammenarbeit

Die Entwicklungspolitik ist ein wichtiges Element für eine nachhaltige Schweizerische Aussenpolitik. Neben dem Ziel, die Armut zu reduzieren, soll die Schweizerische Entwicklungszusammenarbeit zu politischer Stabilität, Rechtstaatlichkeit und nachhaltigem Wirtschaftswachstum beitragen. Die Entwicklungszusammenarbeit operiert in einem labilen und schwierigen Umfeld in dem die gezielte Aufnahme von Risiken Erfolge bringen kann.

Die Grünliberalen stehen zu einer zielgerichteten, effizienten Entwicklungszusammenarbeit, insbesondere auch in fragilen Kontexten. Um die Mittel der Entwicklungshilfe effizient und effektiv einzusetzen, soll die Schweiz die Prinzipien der Deklaration von Paris über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit von 2006 konsequent umsetzen und jene Instrumente anwenden, welche die höchsten Erfolgsaussichten haben. Die Grünliberalen unterstützen die beschlossene Aufstockung der Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit auf 0.5% des Bruttoinlandprodukts. Eine darüber hinausgehende Aufstockung ist mittel- und langfristig im Hinblick auf die Einhaltung internationaler Vereinbarungen (0.7% des BIP) zu prüfen.

13. Die Grünliberalen verlangen eine Entwicklungspolitik, die sich konsequent an den Grenzen unserer Erde (planetarischen Grenzen) orientiert.

In den kommenden Jahren soll die Schweiz die Konzentration in der Entwicklungszusammenarbeit vorantreiben. Dazu gehören eine Reduktion der bearbeiteten Themen und Länder und insbesondere eine stärkere Fokussierung auf ökologische Rahmenbedingungen.

14. Die Kohärenz zwischen der Entwicklungszusammenarbeit und anderen Politikfeldern soll gestärkt werden. Um dies zu erreichen sollen Mechanismen geschaffen werden, mit denen besonders heikle Themen (z.B. Landwirtschaft, Finanzmarktpolitik, Migration, Handel, etc.) aufgegriffen und bereinigt werden können.

In diesem Sinne begrüsst die Grünliberale Partei die Entwicklung von Nachhaltigkeitszielen (SDG), welche bei einer konsequenten Umsetzung die Politikohärenz stärken. Diese Ziele sollen die Erhaltung einer gesunden und sauberen Umwelt und die Bekämpfung des Klimawandels als zentralen Punkt aufnehmen. Zudem fordert die Grünliberale Partei, dass der Fortschritt gegenüber diesen Zielen international überwacht wird, analog der Rechenschaftspflicht der Schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit.

## 5. Friedenspolitik

Als Brückenbauerin soll die Schweiz ihre unparteiische Vermittlungserfahrung zur Verfügung stellen, um an einer friedlicheren Welt für alle zu bauen. Die Bereitstellung von Guten Diensten bildet seit jeher einen festen Bestandteil unserer Aussenpolitik. Sie dient der internationalen Friedensförderung und somit letztlich unserer eigenen Sicherheit.

15. Die Grünliberalen fordern ein aktives Auftreten der Schweiz als Vermittlerin in Konfliktsituationen und Anbieterin guter Dienste. Als unparteiischer Kleinstaat hat sie diesbezüglich eine hohe Glaubwürdigkeit und kann einen echten Mehrwert bringen, der auch in ihrem Interesse ist.

Auslandeinsätze im Rahmen international und völkerrechtlich legitimer und breit abgestützter Operationen stehen die Grünliberalen grundsätzlich offen gegenüber.

Menschenrechte sollen ein integraler Bestandteil der schweizerischen Friedenspolitik sein. Sie bilden die Grundlage der nachhaltigen Entwicklung einer Gesellschaft und garantieren die Sicherheit des Einzelnen vor Staatswillkür und vor dem Recht des Stärkeren. Deren Förderung trägt somit wesentlich zur Entfaltung des Individuums bei.

16. Die Grünliberalen unterstützen die Bestrebungen der schweizerischen Aussenpolitik, Menschenrechte weltweit zu fördern.

Die Förderung des Respekts der grundlegenden Menschenrechte soll nicht isoliert betrachtet werden. Die grösste Wirksamkeit entfaltet die Menschenrechtsaussenpolitik im Zusammenspiel mit weiteren aussenpolitischen Themen. Die Globalisierung stellt dabei eine Chance dar, die für die Förderung der Menschenrechte genutzt werden muss. Auf multilateraler Ebene fordert die Grünliberale Partei von der Schweiz eine führende Rolle in der Ausarbeitung einer bindenden Erklärung (z.B. im UNO Menschenrechtsrat) oder einer Konvention zum Recht auf eine saubere und gesunde Umwelt.

## 6. Die Schweiz im Ausland

Das Schweizer Aussennetz ist für die Sichtbarkeit und Vernetzung des Landes und der Schweizer/-innen im Ausland zentral. Die Aussenstellen sollen nicht nur Dienstleistungserbringer sein, sondern auch gezielt in Schwerpunktbereichen Kompetenzen aufbauen. Je nach Land kann dies z.B. gute Dienste oder Wirtschaftsförderung beinhalten. In diesem Zusammenhang ist die Zusammenarbeit verschiedener Bundesstellen für den gezielten Aufbau der Kompetenzen des Aussennetzes und dessen Finanzierung anzustreben.

17. Die Grünliberalen fordern einen kosteneffizienten Ausbau und eine regelmässige Anpassung des Aussennetzes der Schweiz mit einem gezielten Aufbau von Kompetenzen in Kern-Politik Bereichen der Schweiz.

Die Auslandschweizer/-innen sind ein wichtiger Bestandteil der Schweizer Gesellschaft und sollen ihr Stimmrecht möglichst einfach wahrnehmen können, ein zentrales Element der direkten Demokratie.

18. Die Grünliberale Partei unterstützt die Einführung eines sicheren E-Voting Systems zur verwaltungseffizienten Umsetzung des Stimmrechts für alle Auslandschweizerinnen und -schweizer.